

Sonntag, 01.02., 18 Uhr

Auftaktrede zur Solidaritätskundgebung für die jüdische Gemeinde nach der Brandstiftung an der Synagoge

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

es gibt Orte in einer Stadt, die mehr sind als Gebäude. Nicht, weil ihre Geschichte ungebrochen wäre – sondern gerade weil sie es nicht ist.

Dass die heutige Gießener Synagoge im Burggraben steht, ist das Ergebnis des Kontinuitätsbruchs jüdischen Lebens in unserer Stadt, verursacht durch den Nationalsozialismus, die Pogromnacht 1938 und die Verbrechen der Shoah. Der Standort der neuen Synagoge erinnert uns auch immer an die Niederbrennung der früheren Synagogen in der Steinstraße und in der Südanlage – dort, wo heute die Kongresshalle steht. Er erinnert uns an die Deportation der Jüdinnen und Juden aus Gießen unter dem NS-Regime und auch an den langsamen, nicht selbstverständlichen, aber bewussten Neubeginn der Gießener jüdischen Gemeinde nach dem Ende des Nationalsozialismus.

Wenn ein solcher Ort angegriffen wird, dann trifft das nicht nur ein Gebäude. Dann wird eine historische Bruchlinie berührt. Dann wird etwas berührt, das weit über den konkreten Vorfall hinausgeht: das Gefühl von Sicherheit, von Zugehörigkeit, von Normalität.

Und so reichen die Folgen dieser Brandstiftung an der Synagoge auch weit über die (zum Glück begrenzten) Schäden am Gebäude hinaus. Denn es war auch ein Angriff auf eine Idee: auf die Idee, dass jüdisches Leben in unserer Stadt geschützt, sichtbar und selbstverständlich ist.

Die Ermittlungen zeigen, dass der Tatverdächtige wohl psychisch erkrankt ist. Das ist ein wichtiger Aspekt – und zugleich kein Freibrief für Vereinfachungen. Denn auch psychisch labile Täterinnen und Täter handeln nicht im luftleeren Raum. Sie greifen nicht zufällig an. Sie wählen ihre Ziele in einem gesellschaftlichen Klima, das ihnen Signale sendet: darüber, was sagbar ist, was denkbar erscheint, was scheinbar legitim ist.

Antisemitismus wirkt genauso: nicht immer organisiert, nicht immer offen, oft unterschwellig, in mittlerweile viel zu vielen gesellschaftlichen Bereichen anschlussfähig – und dadurch umso gefährlicher.

In Gießen selbst kam es bereits im Herbst 2023 zu Schmierereien und zu einem Überfall auf einen Bewohner, der eine israelische Flagge an seinem Balkon hängen hatte: Er wurde in seiner Wohnung – begleitet von antisemitischen Beleidigungen – körperlich angegriffen, und die Fahne wurde abgerissen.

Solche Vorfälle sind keine isolierten Ausrutscher. Sie stehen in einem breiteren gesellschaftlichen Kontext.

Wir erleben seit einiger Zeit, wie alte Ressentiments neue Anlässe finden. Wie globale Konflikte herangezogen werden, um Hass zu rechtfertigen. Wie Verschwörungserzählungen Anschluss an bürgerliche Diskurse suchen. Und wie deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger jüdischen Glaubens wieder erklären müssen, dass sie nicht verantwortlich sind für das, was in anderen Teilen der Welt geschieht.

All das bildet den Resonanzraum, in dem solche Taten möglich werden.

Darüber müssen wir sprechen. Nicht um Schuld zu verteilen, sondern um Verantwortung zu übernehmen. Antisemitismus ist kein Problem der jüdischen Gemeinden. Er ist ein Problem unserer gesamten Gesellschaft. Er stellt die Frage, wie belastbar unsere demokratische Kultur mit ihrem Versprechen von Sicherheit, körperlicher Unversehrtheit und freier Religionsausübung wirklich ist – gerade dann, wenn diese demokratische Kultur unter Druck gerät.

Umso wichtiger ist das Bild, das wir heute hier sehen: Menschen aus dieser Stadt und der Region, aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen, stehen Schulter an Schulter. Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien, Gewerkschaften, Initiativen, Institutionen, Verbände, das Polizeipräsidium – und an der Seite der jüdischen Gemeinde auch Vertreterinnen und Vertreter der christlichen und muslimischen Religionsgemeinschaften.

Wir alle machen gemeinsam deutlich: Der Schutz jüdischen Lebens ist keine Frage von Herkunft oder Glauben, sondern von Haltung und von den grundlegenden Werten unseres Zusammenlebens. Diese Breite der Solidarität ist die eigentliche Antwort auf Hass und Ausgrenzung. Dafür danke ich Ihnen!

Diese breite Solidarität zeigt: Gießen ist eine Stadt, die viele Widersprüche aushalten kann, aber Menschenfeindlichkeit nicht. Gießen ist eine Stadt, die Vielfalt mit Respekt lebt und leben will – nicht als Schlagwort, sondern als Alltagspraxis. Und dafür zeigen wir Gesicht und übernehmen Verantwortung.

Diese Verantwortung endet dabei nicht mit einer klaren Haltung – sie beginnt dort erst. Sie beginnt mit der Frage, wie wir als Stadt reagieren, wenn antisemitische Vorfälle nicht spektakulär, sondern beiläufig auftreten. Wenn Worte fallen, die man „auch anders verstehen könnte“. Wenn Grenzen verschoben werden, nicht mit einem großen Knall, sondern Schritt für Schritt.

Eine demokratische Stadt zeichnet sich nicht dadurch aus, dass sie keine Konflikte kennt, sondern dadurch, dass sie früh widerspricht.

Das gilt besonders für Bildung, für Erinnerung, für den öffentlichen Raum. Antisemitismus ist kein Problem fehlenden Wissens allein – aber ohne Wissen wird er erst recht gefährlich. Wer die Geschichte kennt, erkennt Muster. Wer Muster erkennt,

lässt sich weniger leicht verführen. Deshalb bleibt es unsere Aufgabe, Erinnerungsarbeit, politische Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken – nicht als Ritual, sondern als lebendige Auseinandersetzung mit der Gegenwart.

In diesen Tagen haben wir erneut den Holocaust-Gedenktag begangen, den 27. Januar, an dem wir der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen gedenken und darüber nachdenken, was Erinnerung in unserer Gesellschaft heute bedeutet. An diesem Tag wird immer deutlicher, dass wir uns nicht mehr allein auf die unmittelbare Zeugenschaft der Überlebenden stützen können; die Zahl derer, die aus eigener Erfahrung berichten können, geht stetig zurück. Das ist eine Herausforderung für unsere Geschichtskultur: Was bedeutet Erinnerung, wenn die letzten Zeitzeugen verstummen und wir selbst zu den Erinnernden werden müssen? Diese Frage stellt sich aktuell in Zeiten, in denen antisemitische Einstellungen und Gewalttaten wieder zunehmen.

Dass es nach den Verbrechen der Deutschen im Nationalsozialismus wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt, ist keine historische Fußnote. Es ist ein moralischer Auftrag.

Heute können wir wieder sagen: Jüdisches Leben gehört zu Gießen. Nicht am Rand. Nicht versteckt. Nicht unter Vorbehalt. Sondern sichtbar mitten in unserer Stadtgesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, die Bedingungen genau dafür zu sichern: politisch, institutionell, gesellschaftlich. Durch klare Sprache. Durch konsequentes Handeln. Und durch einen Beistand, der nicht erst dann sichtbar wird, wenn etwas passiert ist.

Diese Kundgebung ist ein wichtiges Zeichen. Aber ihr Geist muss weitergetragen werden.

Heute sagen wir gemeinsam: Wir schauen nicht weg. Wir relativieren nicht. Und wir stehen dagegen auf, dass jüdisches Leben in unserer Stadt erneut zur Zielscheibe wird.

Danke, dass Sie heute hier sind. Und danke an die Passanten, die am 13. Januar im Burggraben aufmerksam waren, beherzt eingegriffen und damit Schlimmeres verhindert haben.

Danke für dieses Zeichen der Verantwortung – und des Zusammenstehens in dieser schwierigen Zeit.